

LANDESZEITUNG

Dienstag, 22. August 2023
77. Jahrgang · Nr. 195 · Euro 1,80

FÜR DIE LÜNEBURGER HEIDE

Partner im RedaktionsNetzwerk Deutschland 

Unverständnis S. 01 über Brücken-Pläne

Der Streit um das mögliche Aus der Elbbrücke geht weiter: Nun äußert sich Lüneburgs Landrat Jens Böther. Er kontert Argumente aus der Landesregierung. Auch hiesige Landtagsabgeordnete zeigen Unverständnis für die Entscheidung. **» Seite 7**

Landrat zeigt sich mehr als überrascht

Jens Böther kontert Argumente aus der Landesregierung. Unverständnis auch bei Abgeordneten des Landtags

VON KLAUS RESCHKE

Lüneburg/Neuhaus. Nicht nur das angekündigte Aus für die geplante Elbbrücke zwischen Darchau und Neu Darchau empört Lüneburgs Landrat Jens Böther (CDU). Auch die Art und Weise, wie das Vorhaben der Landesregierung während der jüngsten Landespressekonferenz von den Regierungssprechern kommuniziert wurde, hat den Kreischef mehr als überrascht.

Planfeststellungsantrag soll dieses Jahr gestellt werden

So hatte beispielsweise der Sprecher des Verkehrsministeriums, Christian Budde, den Journalisten in den Block diktiert, dass es keine Signale gebe, dass der Landkreis Lüneburg kurz vor dem Planfeststellungsverfahren stehe. Böther: „Das stimmt so nicht. Unser kreiseigener Betrieb Straßenbau und -unterhaltung wird noch in diesem Jahr den Planfeststellungsantrag stellen. Die Unterlagen sind inzwischen beinahe vollständig.“ Dies habe er am 14. August sowohl Ministerpräsident Stephan Weil als auch Verkehrsminister Olaf Lies per Mail und per Post mitgeteilt.



Skeptiker einer Fährlösung befürchten Ausfälle durch Niedrigwasser und das Auftreten von Sandbänken.

Foto: t&w

Böther weiter: „Sowohl in den Fragen in der Landespressekonferenz als auch in den Antworten der Sprecher war viel von der Finanzierbarkeit der Elbbrücke die Rede. Inwiefern die Brücke finanzierbar ist und welche Fördermittel der Landkreis erhält, lässt sich aber erst endgültig klären, wenn der Planfeststellungsbeschluss vorliegt. Dazu ist es aber notwendig, das Ziel Brücke vorerst weiterhin im Landesraumordnungsprogramm zu belassen.“

Die Finanzierungsfrage, so Böther weiter, werde an anderer Stelle geklärt, etwa bei der Verteilung der angesprochenen Mittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG). Grundsätzlich sei das Projekt nach GVFG-Kriterien förderfähig und werde jährlich mit dem Mehrjahresprogramm des Land-

kreises Lüneburg beim Verkehrsministerium angemeldet.

Auch der Forderung von Christian Budde, dass der Landkreis einen Eigenanteil an den Planungskosten tragen müsse, kontert der Landrat: „Das tut der Landkreis Lüneburg. Insgesamt liegt die Kalkulation für die Erstellung der Planunterlagen aktuell bei 2,4 Millionen Euro, davon trägt das Land einen Anteil von 1,3 Millionen Euro, alle weiteren Planungskosten der Landkreis.“

Dass dann auch noch Weils Sprecherin Anke Poersken betonte, der Landkreis könne die Brücke ja selbst bauen, sei vor dem Hintergrund der angedachten LROP-Änderung widersinnig, urteilt Böther, denn: „Wenn im gültigen LROP eine Fähre und keine Brücke vorgesehen sein sollte, könnten wir auch keinen

Planfeststellungsbeschluss für die Brücke erhalten. Damit könnte der Landkreis auch nicht mehr selbst über das Projekt entscheiden.“

Unverständnis über die ablehnende Haltung gegen die Brücke äußert auch der SPD-Kreisfraktionschef Franz-Josef Kamp (SPD): „Die SPD im Landkreis hat die Planung zur Elbbrücke Darchau/Neu Darchau immer unterstützt.“

Die Brückenplanungen durch den Landkreis seien bereits weit fortgeschritten, mahnt Kamp. Aus Sicht der Kreis-SPD müsse das Planungsverfahren nun auch weiterlaufen und abgeschlossen werden. „Der Landkreis sollte zudem rechtlich überprüfen lassen, ob diese geplante Abkehr von bisherigen Planungsgrundlagen überhaupt zulässig ist“, so der SPD-Politiker weiter.

„Die Mobilität im Osten unseres Landkreises und im Landkreis Lüchow-Dannenberg muss für die Menschen vor Ort in jedem Fall verbessert werden. Wenn die Bekanntmachung vom Land tatsächlich als neue Planungsgrundlage Bestand haben sollte, braucht es verlässlichere Fährverbindungen mit guter Taktung und längeren Betriebszeiten vor allem in den Morgen- und Abendstunden. Daneben muss eine bessere Anbindung an Bus und Bahn geschaffen werden – beispielsweise durch die Reaktivierung der Bahnstrecke nach Bleckede“, so Jakob Blankenburg, Vorsitzender des Mobilitätsausschusses im Landkreis Lüneburg und Mitglied des Bundestages.

Und Philipp Meyn, SPD-Landtagsabgeordneter, erklärt: „Es gilt, den Blick nach vorn zu richten und endlich Klarheit in

dieser langwierigen Diskussion zu schaffen: Die Verlässlichkeit der Fährverbindung muss gesteigert werden. Sollte nun der Bau der Elbbrücke nicht erfolgen, werde ich mich dafür einsetzen, dass sich die Landesregierung infolge der eingesparten Mittel an zukunftsorientierten Mobilitätsprojekten in den Landkreisen Lüneburg und Lüchow-Dannenberg maßgeblich beteiligt. Ganz konkret an Niedrigwasserfähren in Bleckede und in Darchau sowie an der Reaktivierung der Bahnstrecke Lüneburg-Bleckede. Erste Gespräche hierzu führe ich bereits.“

Vertrauen in politische Integrität in Gefahr

Anna Bauseneick und Uwe Drendorf, beide CDU-Landtagsabgeordnete, halten am Brückenprojekt fest: „In der Elbbrücke zwischen Darchau und Neu Darchau sehen wir eine Mobilitätsgarantie, auf die unsere Region schon lange wartet. Ein Fährkonzept wird diesem Anspruch nicht gerecht“, glauben die beiden Politiker. Diese Brücke würde nicht nur als ein Meilenstein der Erreichbarkeit dienen, sondern auch als kultureller und wirtschaftlicher Impulsgeber. Dies sei auch durch Fakten belegt. Jegliche Abweichung vom Landesraumordnungsprogramm würde das Vertrauen in die politische Integrität schädigen, betonen beide, und: „Wir bleiben unermüdet in unserem Einsatz für den Brückenbau und stehen kurz vor der Einreichung des Antrags für die Planfeststellung.“